

Bedrängend

Kirchenspitzen in Deutschland fordern Maßnahmen gegen drohende Klimaveränderungen

Der Vorsitzende der EKD, Bischof Martin Kruse, und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, haben Ende Oktober eine gemeinsame Erklärung zur Veränderung des Weltklimas abgegeben und politische Gegenmaßnahmen gefordert. Anlaß zu ihrer Stellungnahme war die kurz vorher erfolgte Bekanntgabe des Abschlußberichts der *Enquete-Kommission* des Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“.

Die Erklärung ist ungewöhnlich unter dreierlei Gesichtspunkten: Sie wird von den beiden Vorsitzenden *allein* und nicht von den kirchenleitenden Gremien verantwortet. Dies geschieht bei vergleichbaren Erklärungen selten; es gibt allerdings wenige Beispiele aus früheren Zeiten. So wurde bei einer gemeinsamen Stellungnahme von Kardinal Höffner und Bischof Lohse zur Frage von Nato-Nachrüstung und Abrüstung Anfang der achtziger Jahre gleich verfahren. Noch ungewöhnlicher aber ist, daß zu einem Bericht einer parlamentarischen Enquete-Kommission unmittelbar und *kirchen-offiziell* Stellung genommen wird. Kruse und Lehmann setzen sich für die Umsetzung des Kommissionsergebnisses ein und beschränken sich nicht auf allgemeine Bemerkungen zur Sache. Nicht minder ungewöhnlich aber ist der *drängende Ton*, mit dem Schlußfolgerungen und Vorschläge der Enquete-Kommission, ohne daß die Erklärung ins Detail geht, unterstützt werden. Dies zeigt, daß man sich inzwischen auch an der Spitze der Kirchen bewußt geworden ist, welche verheerende Wirkung die Folgen des Treibhauseffektes und die Zerstörung der Ozonschicht haben können, und daß für gesetzlich-politisch herbeizuführende Gegenmaßnahmen keine

Zeit mehr zu verlieren ist und daß die Kirchen zur nötigen Bewußtseinsänderung in der Bevölkerung, ohne die einschneidende politische Maßnahmen weder greifen noch möglich sind, nach Kräften beitragen wollen.

Die bischöflichen Vorsitzenden bestätigen dem Deutschen Bundestag, er habe mit der Einsetzung der Enquete-Kommission einen guten Anfang gemacht. Sie loben den Bericht. Alles, was heute wissenschaftlicher Sachverstand zum Verständnis und zur Lösung der durch Treibhauseffekt und Ozonabbau zu erwartenden weltweiten und regionalen Klimaverschlechterung beigetragen werden könne, sei im Enquete-Bericht enthalten. Mit ihm verfügten Bundestag und Bundesregierung über die notwendigen Entscheidungsgrundlagen. Sie müßten nun rasche Schritte beschließen und ihre Verwirklichung durchsetzen. Wirtschaft und Wissenschaft, Kommunen und Verbände, Bürgerinnen und Bürger stünden jetzt vor der Aufgabe, sich den offengelegten Sachverhalten zu stellen, die erforderlichen politischen Schritte einzufordern und in ihrem Bereich tatkräftig zu unterstützen. „Wir wissen genug, um zu handeln. Jetzt kommt es darauf an, daß tatsächlich gehandelt wird und daß es tiefgreifend genug geschieht.“

Übernehmen sich die Bischöfe mit einer solchen Erklärung? Gewiß nicht, jedenfalls wenn man die Gefährdung bedenkt, die von der Übererwärmung der Atmosphäre und dem Ozonabbau in der Stratosphäre für die Lebensbedingungen auf unserem Planeten ausgehen. Zwar bleiben alle *Prognosen* darüber ungewiß, welche Reduktion von Kohlendioxid-Ausstoß oder von Fluorchlorkohlenwasserstoff welche Wirkung auf die Erderwärmung bzw. auf den Ozonhaushalt haben kann. Unklar ist auch, in welchem Ausmaß welche Ursachen welchen Wirkungen zuzuordnen sind. Aber unbestritten ist inzwischen, daß vor allem energiebedingte „Spurengase“ (CO₂, CH₄, N₂O, FCKW) zur Überwärmung (Treibhauseffekt) stark beitragen.

Wie schwer aber selbst angesichts der Nord und Süd, Industrie- wie Entwicklungsländer bedrohenden Gefah-

ren *politisch* etwas zu bewegen ist, hat sich gerade auf der *Zweiten Weltklimakonferenz* in Genf Anfang November gezeigt. Das Bewußtsein für das Ausmaß existenzbedrohender Schäden ist selbst in Industrieländern (auch innerhalb der EG) noch sehr unterschiedlich entwickelt. Da beim Menschheitsproblem Klimawandel Schaden effektiv aber nur durch *internationale Abmachungen* abgewendet werden kann – die Enquete-Kommission entwickelt dafür einen Zeitplan bis zum Jahre 2000 und legt bereits einen eigenen „Vorschlag für eine internationale Konvention über Klima und Energie“ zur Verabschiedung auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 vor – hilft der Appell an Regierung und Parlament der eigenen Länder, so wichtig er ist, für sich genommen wenig. Wohl aber wäre es eine moralische Aufgabe der Gesamtkirche und der christlichen Kirchen untereinander, beim notwendigen Umdenkungsprozeß weltweit mitzuhelfen und so auch die dringenden politischen Entscheidungen mitzuerleichtern. Und auch für die Kirchen selbst kann eine weltweit „harte“ Beschäftigung mit dem Zukunftsthema Nr. 1 ihr Gutes haben: Protestantische Schwärmer – auch solche innerhalb des sog. konziliaren Prozesses – kommen so leichter auf den Boden der Tatsachen; und die katholische Seite gewinnt damit ein Thema, mit dem die Rangordnung moralischer Werte und Dringlichkeiten wieder einigermaßen ins Lot käme. *Insofern* war „Seoul“ gar kein schlechter Anfang. se

Brückenbau

Fortschritte und Hindernisse im deutsch-polnischen Verhältnis

9. November 1989: Bundeskanzler Kohl in Warschau – 8. November 1990: Premier Mazowiecki in Frankfurt an der Oder. Dazwischen liegt ein Jahr, das eine ganze Epoche verabschiedet hat. Die politische Teilung Europas ist aufgehoben. Ein einiges